

## **Grüne fordern gerechtere Arbeitswelt**

### **Diskussion mit Bundestagsmitglied Beate Müller-Gemmeke in Tuttlingen**

Tuttlingen / pm Auf Einladung des Kreisverbands Tuttlingen von Bündnis 90/Die Grünen hat die Reutlinger Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte der Bundestagsfraktion, im Gasthof „Engel“ in Tuttlingen über Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt gesprochen.

Begrüßt wurde sie von der örtlichen Bundestagskandidatin Susanne Kieckbusch, die Müller-Gemmeke als eine „engagierte Kämpferin für mehr Gerechtigkeit und soziale Teilhabe“ vorstellte. Müller-Gemmeke beschrieb in ihrem anschließenden Vortrag, worin sie beides – Gerechtigkeit und Teilhabe – bedroht sieht. Sie beschrieb die Gesellschaft dabei im dreifachen Sinne als gespalten: „es klafft eine Schere zwischen arm und reich, zwischen Menschen mit und ohne Job, aber auch zwischen prekären und regulären Beschäftigungsverhältnissen“. In allen drei Bereichen hätten die Grünen konkrete Antworten, um gegenzusteuern. Müller-Gemmeke stellte die arbeitsmarktpolitischen Forderungen von Bündnis 90/Die Grünen vor.

### **Gesetzlicher Mindestlohn ist zentrale Forderung**

„Wir brauchen endlich wieder soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt. Notwendig sind faire Löhne, von denen die Menschen leben können und mehr Sicherheit, damit Lebensplanung wieder möglich wird.“, forderte Müller-Gemmeke. Zentral sei deshalb die Forderung im grünen Bundestagswahlprogramm nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der durch eine Mindestlohnkommission festgelegt werden soll. Mindestens 8,50 Euro sollten es aber sein. Davon würden, so die Abgeordnete, in Deutschland 6,8 Millionen Menschen profitieren. In der Leiharbeit solle künftig „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ab dem ersten Tag gelten, die sachgrundlose Befristung müsse abgeschafft werden und der neue Trend zu zweifelhaften Werkvertragskonstruktionen müsse gestoppt werden. „Wir brauchen insgesamt ein Bündel von Maßnahmen, um das Tarifvertragssystem zu stärken und Tarifflicht zu verhindern“, so Müller-Gemmeke. Aber auch die Förderung von Langzeitarbeitslosen müsse wieder in den Mittelpunkt gerückt und die Kürzungen der schwarz-gelben Bundesregierung zurückgenommen werden. „Alle Erwerbslose brauchen Chancen und Perspektiven“, forderte die Bundestagsabgeordnete.

Die Grünen wollten die Arbeitsmarktpolitik in den Mittelpunkt stellen und wieder faire Verhältnisse schaffen. Das sei eine Frage der Gerechtigkeit und „insbesondere notwendige Maßnahmen, um zukünftig Altersarmut zu verhindern“, resümierte Müller-Gemmeke. Aber auch die Arbeitswelt insgesamt müsse die Politik in den Blick nehmen. Notwendig seien alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen, „denn wer Altersarmut verhindern will, der muss auch dafür sorgen, dass die Menschen gesund bis zur Rente arbeiten können“, stellte die Abgeordnete klar. Die alarmierende Zunahme von arbeitsbedingten psychischen Erkrankungen durch Arbeitsverdichtung, atypische Arbeitszeiten und prekäre Beschäftigung müsse ernst genommen werden. Deshalb forderten die Grünen im Bundestag eine Anti-Stress-Verordnung zum Schutz der Beschäftigten vor belastenden Arbeitsbedingungen.